

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dreesen Nr. 51307  
Zel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Danz.-Konto: Nbg. Deutsche Kreditbank, Dresden  
Postk.-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegau (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Bachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, P. Lütz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Verlag: Elbgaubuchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Ersteinst. täglich mit der Beilage „Agrar-Worte“ und „Lied. Kur- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatsl. M. 3.00, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postämtern M. 3.00. Einzelverkaufspreis: M. 0.10. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Druck: Clemens Langraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unregelmäßig eingehenden Manuskripten ist Rücksicht zu nehmen. Für Anzeigen, welche durch Fernschreiber aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bei der Nichterfüllung nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die 4-spaltige Zeile mit M. 1.— berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit M. 2.—. Anzeigen und Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Scharien werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vermittlungs 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Uswalger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Eingeklagung der Anzeigenbeträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 125

Blasewitz, Freitag, 1. Juni 1923

85. Jahrgang.

## Die Eisenbahnen bleiben im Reichsbetrieb.

Berlin, 1. Juni. Nachdem in der in- und ausländischen Presse die Frage der Verpfändung der Reichsbahnen Gegenstand von verschiedenen argeren Erörterungen gewesen ist, hat es der Reichsverkehrsminister für notwendig gehalten, auch die Stellungnahme der Verkehrsbeamten und Arbeiterschaft zu dem in Frage stehenden Problem herbeizuführen, da naturgemäß auch die Befange der Personals dadurch erheblich berührt werden. Dementsprechend ist von dem in der Reichsbahnverwaltung bestehenden Erweiterns-Kommissionen in einer außerordentlichen Sitzung gestern nachmittags im Reichsverkehrsministerium diese Frage dahin besprochen worden, daß die Reichsbahnen grundsätzlich wie alle Reichsbetriebe erhalten bleiben sollen.

### Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Juni. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Verkehrsministern haben gestern ihren Fortgang genommen. Der Reichskanzler ermahnt im Laufe des Tages Vertreter der verschiedenen Parteien des Reichstages zu Einzelbesprechungen und orientierte sie über die Lage, die eine Klärung soweit erreicht hat, daß mit dem Abschluß der Vorarbeiten für die deutsche Antwort Anfang nächster Woche zu rechnen ist.

### Die Vorbedingung.

Berlin, 31. Mai. In den letzten Tagen haben die Sachverständigen der verschiedenen englischen Minister, in deren Ressort die Reparationsfrage eingreift, über die Inangriffnahme einer praktischen Lösung der Reparationsfrage in mehreren Leitartikeln der heutigen Londoner Morgenblätter seinen Niederschlag, die übereinstimmend eine grundsätzliche Ablehnung der deutschen Reparationsleistung Deutschlands bezeichnen.

### In ein Welttribunal.

London, 31. Mai. Die „Times“ fordern in einem Die oberste Frage überschriebenen Leitartikel baldigst Regelung der Reparationsfrage als Ziel der britischen Politik, da keine Zeit zu verlieren sei. Die rasche Entwertung der deutschen Währung habe zu politischen und sozialen Unruhen geführt, die möglicherweise von onständerer Art sein könnten. Der Versuch, die Welt zu stützen, habe angesichts der Lage im Ruhrgebiet nur zeitweilige Erfolge haben können und sei seither aufgegeben worden. Das Blatt fragt, ob selbst wenn Deutschland den passiven Widerstand beende, Frankreich die Vorteile davon haben würde, die es durch eine Regelung des Problems, die mit Zustimmung der Welt und des Schuldners stattfinden, erhalten würde. Es liege im Interesse der Welt im allgemeinen und Europas im besonderen, daß die britische Regierung bereit sei, sobald als möglich einzutreten, um eine Regelung zu fördern. Man sei sehr dafür, daß die Frage zunächst zur Entscheidung an ein Welttribunal verwiesen werde. Deutschland könne den Argwohn beseitigen, indem es klar und ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuss von Sachverständigen zu überweisen. Deutschland müsse sich verpflichten, einer solchen Kommission alle Informationen über seine finanziellen Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen sowie das Recht zu einer etwa notwendigen Untersuchung der Hilfsquellen der deutschen Industrie. Deutschlands Leistungsfähigkeit und nicht die Forderungen seiner Gläubiger müßten den Maßstab für eine Neuregelung ab-

geben. Die Times erklären weiter, Frankreichs wirkliche Kriegsschäden in den zerstörten Gebieten hätten nicht, wie man französischerseits behauptet, 26, sondern höchstens 10 Milliarden Goldmark betragen.

### Nicht „Vorschritten“ sondern Gutachten.

Berlin, 1. Juni. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hatte die Vertreter der Presse gestern zu einer Besprechung geladen, in der mehrere seiner Mitglieder Vorschläge über ihre Auffassung des deutschen Leistungsproblems gaben. Das Gutachten der Industrie habe nicht etwa Vorschritten für die deutsche Regierung enthalten, sondern solle nur als ein Gutachten der Art gelten, die der Reichsverband vertritt. Ehe noch das Präsidium sich mit den Gewerkschaften aus Besuchen setzen können, habe die Veröffentlichung des Schreibens permissiv werden müssen, weil ein Exemplar unregelmäßig nach Paris gelangt war. Mit besonderem Nachdruck wurde wiederum vor der Annahme der deutschen Wirtschaftsleistung für Reparationszwecke gewarnt. Als Wirtschaftsminister habe der Reichsverband erklären müssen, daß der Ruin Deutschlands unvermeidlich sein würde, wenn man daran ginge, die deutsche Substanz auszuwerten. Die Reichsbahn müsse wieder produktiv gestaltet werden. Dazu stelle der Reichsverband seine Hilfe zur Verfügung. Die Reichsbahn solle nicht etwa in privatwirtschaftliche Hände übergehen. Im Augenblick wäre die deutsche Wirtschaft auch ohne Reparationen nicht tragfähig. Um sie wieder gesund zu machen, sind zwei Voraussetzungen notwendig: Die Erhöhung der Produktivität und die Befestigung des ausländischen Drudes. Die deutsche Wirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie entweder deutsche Substanz direkt an das Ausland abfließen oder ihr Betriebskapital verlieren lassen würde oder wenn man sich dazu entschleße, die deutsche Zolleinheit durch das Ausland einschränken zu lassen.

### Kombinationen.

Berlin, 1. Juni. Die Blätter bezeichnen die in verschiedenen ausländischen Zeitungen erscheinenden Mitteilungen über den Inhalt der neuen deutschen Reparationsnote als leere Kombinationen. Schon aus der Tatsache allein, daß die entscheidenden Be-

ratungen über die Note erst zu Anfang der kommenden Woche stattfinden werden, gehe hervor, daß Form und Inhalt der deutschen Antwort noch nicht feststehe.

### Die belgische Reparationsdenkschrift.

Paris, 1. Juni. Die Blätter veröffentlichten eine halbamtliche belgische Mitteilung, in der es als richtig bezeichnet wird, daß die belgische Regierung ihre Denkschrift über die Reparationsfrage, die am 25. Mai in Paris überreicht wurde, auch den übrigen verbündeten Mächten habe überreichen lassen. Die drei fraglichen technischen Denkschriften seien jedoch nur Frankreich zugänglich gemacht worden.

### Der neueste Markkurs.

Berlin, 31. Mai. Der plötzliche neue Markkurs in Berlin wird vielfach auf an der Börse herumlaufende Gerüchte über eine Überhebung der Reichsbankkreditkonvention zurückgeführt. Allerdings wird auch erklärt, daß tatsächlich ein großer wirtschaftlicher Notwendigkeit vorhanden sei und daß die Folge der Nachkriegsdenkschrift dieses Bedarfs eine Kurssteigerung sein müsse. Da die Reichsbank bereits in den letzten Tagen erheblich weniger Devisen abgeben habe als früher, müßte heute der plötzliche Anstieg der Devisen eintreten.

### Truppenverstärkungen für Dortmund.

Dortmund, 1. Juni. Nach Erkundigungen an zuständigen Stellen ist der angekündigte Einmarsch französischer Verbände gestern nachmittags erfolgt. Ueber die Zahl der neuen Truppen konnte bis zur Stunde noch keine genaue Auskunft gegeben werden. Der gestrige Tag ist in Dortmund ruhig verlaufen. Die Arbeitswiedererlangung ist eine sehr rasche, und es steht zu erwarten, daß der Betrieb wieder voll aufgenommen wird. Am gestrigen katholischen Feiertage Fronleichnam ist sowohl in verschiedenen Orten nicht gearbeitet worden.

### Ein neues Todesopfer in Bochum.

Bochum, 1. Juni. Bei dem Ueberfall der Kommunisten auf die Geflügelabteilung wurde auch der Oberabteilungsleiter Bochum durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Wie jetzt gemeldet wird, ist er am Mittwoch im Elisabeth-Frankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Die Zahl der Verletzten, die in den hiesigen Krankenhäusern einlieferung wurden, beträgt 42. Von diesen sind vier gestorben. Die endgültige Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest.

## Bis jetzt 127,386 Milliarden geraubt.

Berlin, 31. Mai. Bei der Reichsbank ist eine Aufstellung der von den Besatzungstruppen im Ruhrgebiet gewaltsam fortgenommenen Reichsbankgelder gemacht worden. Im ganzen sind danach in der Zeit vom 19. Februar bis zum 28. Mai geraubt worden: 127 386 750 000 Mark. Der größte Raub ist der aus dem Reichsbankgebäude in Essen. Was den letzten Raub anlangt, so sind für die Reichsbankstelle in Essen stets große Summen nötig mit Rücksicht auf die Lohnzahlungen im Ruhrgebiet. Im Essener Gebiet erforderten die Lohnzahlungen sogar 25 Milliarden während dieser Woche. Es waren in der Reichsbankstelle in Essen etwa 100 Milliarden als Bestand vorhanden. Bisher war die Reichsbankstelle in Essen nicht beschlagnahmt worden; trotzdem waren aber auf alle Fälle Beschlagnahmen getroffen worden, namentlich war für Alarmeinrichtungen gesorgt. Am 28. Mai, früh 8 1/2 Uhr, als die Bank geöffnet wurde, wurden hier zwei Polizisten, die in der Nähe der Bank standen, mit den wachhabenden Beamten; gleichzeitig sprangen im Bankgebäude selbst fünf Leute aus dem Publikum über den Rasen, saßen Revolver und stürzten nach dem Eingange des Trefores. Als der Alarm ertönte, hatten die Franzosen aber schon zwei Vorstandsbeamte festgenommen und sich die Zahlungsmittel an-

geordnet, mit Ausnahme der 10-Mark-Scheine und der kleineren Scheine. Durch Inkassos wurden die geraubten Gelder fortgeschafft. Die Franzosen hatten beim Diebstahl der Milliarden in Essen außer den Gendarmen und Soldaten auch noch einen besonderen geheimnisvollen Helfer mit zur Stelle gebracht, der besonders für die Öffnung von Trefores vorzusehen war. Die Franzosen nannten ihn „notre specialiste“, einen Menschen, der aussehend einbruchsflüchtiger war, da er mit zahlreichen Dietrichen und Schlüsselsteinen wundertätiger Konstruktoren versehen war.

### Neue französische Ein- und Zugriffe.

Gelsenkirchen, 31. Mai. Die Franzosen haben auf der Zeche „Graf Bismarck“, auf der schon seit einiger Zeit ein Streikposten aufgestellt war, nunmehr größere Eingriffe in die Lager vorgenommen und mit dem Abtransport des Kohles begonnen. Gleichzeitig haben sie den Sechshafen besetzt. Alle Lokomotiven des Hafenbetriebes, sowie große Bestände wertvoller Hölzer haben sie beschlagnahmt. Die Besatzung ist auf neue in einen Protestteil getreten.

## Wichtige Ereignisse.

Durch Dresdner Agitatoren verurteilt, haben die Erwerbslosen auch in Baulen Unruhen verursacht. Die Bewegung ist jedoch bereits wieder ab.

Im Ruhrrevier wurden 80 Kommunisten als Rädelsführer des Aufstandes verhaftet.

Führende Zeitungen Englands verlangen die Verweisung der Reparationsfrage vor ein unparteiisches Schiedsgericht.

## Poincare und der Bolschewismus.

Ueber den Vorkämen im eigenen Lande dürfen wir nicht vergessen, unsere Blicke mit Aufmerksamkeit dem Auslande zuzuwenden, weil unter Schicksal nicht von uns, sondern vom Auslande bestimmt wird. Nachdem nun über das neue britische Kabinett Klarheit besteht, ist es auch an der Zeit, sich mit den Vorkämen zu beschäftigen, welche im Wesentlichen der letzten und dieser Woche Frankreich im Atem hielt; mit Poincares Demission und damit im Zusammenhang stehend mit der französischen Ruhrpolitik. Wir halten die Betrachtungen zurück, um durch den Abschluß der Ruhrdebatte in der Kammer erst ein geschlossenes Bild zu erhalten.

Die Demission des Herrn Poincare war zweifellos mehr als eine Komödie. Als der Staatsgerichtshof, als welcher der französische Senat zu fungieren hat, es ablehnte, Herrn Poincare nach dem sein Forum zu geben, da war Herr Poincare ehrlich erdört. Im Senat hat sich noch so etwas wie eine radikale Grundstimmung erhalten. Im allgemeinen sucht man natürlich dort auch, aber im Gegensatz zur Kammer doch mit Jähnetischen. Poincare hatte den Senatoren ausdrücklich wissen lassen, daß er eine Ablehnung der Strafverfolgung Gahins mit der Demission beantworten würde. Dennoch blieb der Senat fest. In der Unterredung, die zwischen Millerand und Poincare dann stattgefunden hat, trat sowohl die Motive des Premierministers wie auch die Mittel, mit denen der Präsident der Republik Poincare zu halten wußte, drastisch zutage. Poincare wußte wohl, daß man in Frankreich seine Ruhrpolitik nicht ablehnen wollte, sich aber gerade einen Anlaß wählte, bei dem das nicht nach außen hin erkennbar war. Der französische Premierminister ist durch die verheerliche Ruhrkrise überaus isoliert geworden, wenn er das auch im allgemeinen sehr geschickt zu verbergen weiß. Erstmals aber ließ ihm die Galle über, und wahrheitsgemäß erblidete er in dem Beschluß des Senats auch eine bequeme Gelegenheit, die verlorene Ruhrfrage im Stich zu lassen, um dann von dem bezaubernden Bild des Kritikers aus über die notwendige Plaudation der Ruhrrepublik zu sprechen. Aber der Präsident Millerand hatte einen Trumpf in der Tasche, mit dem er den schon schlafenden Premierminister zum Stehen zu bringen wußte. Er drohte ihm einfach mit Resignation. Bei dieser Aussicht auf ein Resignationsurteil für die Politik Poincares erwiderte der Premierminister zum Glück, daß die Frage seines Bleibens nicht völlig geklärt, aber man darf annehmen, daß das Trostmittel der Resignation Poincare zum Bleiben anregen wird. Zweifellos ist der Vorgang ein Symptom. So wenig wir in irgendwelcher schönfärblichen Weise den Ernst unserer Lage verschleiern wollen, so wenig brauchen wir Schwächen und Mängel des Weaners zu übersehen. Es ist eben eine Tatsache, daß die Ruhrkrise auch Frankreich unermessliche Wunden schloß. Die Kritiker Poincares haben das zwar in den letzten Kammerdebatten nur sehr mäßig angedeutet, und selbst die Sozialisten wie Kuriol hielten sich sehr zurück. Aber in den französischen Wirtschaftskräften zerfällt man jedesmal gramam die Wirtschaftskrisenrechnungen des Premiers vor der Kammer oder ihren Ausschüssen.

Man kann allerdings verheben, wenn Poincare allmählich an seiner Politik leidet irre würde. Daß es die verrückte nationalistische Kammer nicht wird, erklärt sich einfach aus ihrem Schuldbewußtsein. Sie hat da immer wie eine Peitsche hinter dem Premierminister gehalten, wo ihm selber Bedenken aufkamen.